

Rechtspopulismus

Ein neuer Parteientyp in den westlichen Demokratien

Frank Decker

Dass politikwissenschaftliche Begriffe in die Alltagssprache Eingang finden oder sich zumindest am Alltagssprachgebrauch orientieren, ist wünschenswert, aber beileibe nicht selbstverständlich. Ein Begriff, der den Sprung geschafft hat, ist der Rechtspopulismus. Als Bezeichnung für einen neuartigen Parteien- und Politikertypus in der wissenschaftlichen Diskussion seit langem etabliert, erfreut er sich inzwischen auch bei Journalisten und Politikern wachsender Beliebtheit. Zwei Gründe dürften dafür ausschlaggebend sein. Erstens gehört der Rechtspopulismus zu der Sorte von Begriffen, die sich gleichermaßen als wissenschaftliche Erklärungsformel und politischer Kampfbegriff eignen. Die Stoßrichtung ist dabei fast durchweg negativ. Wer den Populismusverdacht äußert, möchte seinen Kontrahenten abwerten, ihn in die Defensive drängen. Populistisch sein heißt – so die Unterstellung –, das politische Terrain mit Primitivargumenten zu besetzen, nicht um der Sache, sondern um der vordergründigen Gunst öffentlicher Zustimmung willen zu streiten (während man für sich selbst den Mut des Unpopulären reklamiert). Ein solches Verdikt ist nicht unbedingt ehrenrührig, selbst dann nicht, wenn darin der Vorwurf der Unredlichkeit mitschwingt. In dieser Unverbindlichkeit liegt der zweite große Vorteil des Populismusbegriffs. Das Wort trifft den anderen, ohne ihn wirklich auszugrenzen oder zu stigmatisieren. Jemanden einen Populisten zu schelten, kostet den Angreifer also nicht viel, im Gegenteil: Der Vorwurf ist so wohlfeil, dass eine zu häufige Verwendung selbst „billig“ wäre und auf den Urheber zurückfallen könnte.

1. Von der politischen zur wissenschaftlichen Begriffsverwendung

Die Eigenschaften, die den Populismus als politische Formel auszeichnen – seine Wertgeladenheit und inhaltliche Unschärfe –, machen ihn als wissenschaftlichen Begriff problematisch. Dies dürfte gerade für die Diskussion hier zu Lande gelten, wo die negative Konnotation des Populismus besonders ausgeprägt zu sein scheint.

Der auf ausländische Beobachter bisweilen befremdlich wirkende anti-populistische Reflex ist vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte gut verständlich. Er entspringt der traumatischen Erfahrung eines Landes, dessen ohnehin verspätete erste Demokratie an einer Massenbewegung zugrunde gegangen ist, die deutlich populistische Züge trug. Die Nachkriegs-Politikwissenschaft reflektierte dies, indem sie den von den Populisten hoch gehaltenen Plebiszitgedanken mit Argwohn betrachtete. Statt einer historisierenden Sichtweise, wie sie z.B. in den USA gepflegt wird, stellte man den Populismus unter Ideologieverdacht und brachte ihn gegen Demokratie und Vernunftdenken in Stellung. Symptomatisch dafür sind die Arbeiten des Gießener Soziologen Helmut Dubiel, der den Populismus einmal als „zynische Instrumentalisierung unaufgeklärter Bewusstseinspotenziale“ bezeichnete (Dubiel, Hg. 1986: 10). So nützlich ein solches Verständnis aus ideologiekritischer Sicht sein mag, so wenig hilft es für eine konkrete Bestimmung des Phänomens weiter. Erstens gehört die populistische Ansprache zu den normalen Begleiterscheinungen des politischen Wettbewerbs, die nicht einfach wegdiskutiert oder mit bestimmten demagogischen Methoden gleichgesetzt werden können. Zweitens – und noch wichtiger – geht darüber die Frage nach dem „Warum“ verloren. Gerade hier aber liegt der Ansatzpunkt für eine Würdigung auch der funktionellen Aspekte des Populismus, dessen Inhalte und Äußerungsformen abwegig erscheinen mögen, der jedoch für die politische und gesellschaftliche Entwicklung durchaus positive Bedeutung erlangen kann. Populistische Parteien und Bewegungen bewegen sich ja nicht im luftleeren Raum, sondern zwingen die politische Konkurrenz, auf die angeprangerten Missstände in irgendeiner Form zu reagieren. Worauf es ankommt, ist also, solche Erscheinungen zunächst einmal zu erklären – in ihrem Entstehungszusammenhang, ihrer politischen Resonanz und ihren gesellschaftlichen Folgewirkungen –, bevor man mit ihnen ideologisch ins Gericht geht.

Das zweite Problem, an dem die wissenschaftliche Begriffsverwendung zu scheitern droht, – die inhaltliche Unschärfe des Populismus – dürfte noch gravierender sein. Zieht man aus den in der Literatur vorfindbaren Definitionen eine Art Quersumme, so stehen im Zentrum des Populismus-„Syndroms“ der Rekurs auf das einfache „Volk“ und die Kritik am „Establishment“. Das dabei zugrunde gelegte Verständnis von Volk kann auf eine bestimmte Gruppe oder Schicht gemünzt sein, ist aber in der Regel klassenübergreifend. Gemeint sind, wenn vom Volk die Rede ist, immer die kleinen Leute, deren Wohl durch die herrschenden Eliten angeblich verletzt wird. Es liegt auf der Hand und lässt sich bereits nach einer groben Literaturdurchsicht feststellen, dass im Rahmen dieser Definition die verschiedensten Gruppen, Personen, Ideologien, Verhaltensweisen und Äußerungsformen als „populistisch“ apostrophiert werden können. Die Bandbreite der Fälle schließt Erscheinungen in ganz unterschiedlichen historischen und Systemkontexten mit ein, die wiederum Niederschlag in unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen finden können. Darüber hinaus umfasst der Populismusbegriff ein weites Spektrum von Organisations- und Darstellungsformen (Decker 2000: 47ff.).

Die unterschiedlichen Bedeutungsinhalte und Konnotationen des Populismus schließen eine wissenschaftlich sinnvolle Begriffsverwendung nicht aus. Voraussetzung dafür ist, dass das Phänomen in zeitlicher, räumlicher und materieller Hinsicht eingegrenzt wird. Der Begriff des „neuen Rechtspopulismus“ leistet eine solche Eingrenzung. Er bezieht sich auf Parteien und Bewegungen rechter politischer Ori-

entierung, die in den westlichen Demokratien in etwa zur gleichen Zeit – seit Mitte der achtziger Jahre – entstanden sind und ihren Durchbruch erzielt haben. Parteien vergleichbarer politischer Ausrichtung werden in der Politikwissenschaft für gewöhnlich als „Parteienfamilie“ apostrophiert. Ausgangspunkt ist dabei die Zuordnung nach ideologischen (faschistisch, konservativ, sozialdemokratisch, kommunistisch usw.) oder Richtungsmerkmalen (links, rechts), von denen wiederum bestimmte Rückschlüsse auf die Wählerbasis und Organisationsstruktur gezogen werden können. Ob der Begriff des Rechtspopulismus zur Kennzeichnung einer abgrenzbaren (eigenständigen) Parteienfamilie taugt, wird in der Literatur kontrovers diskutiert. Einige Autoren lehnen die Bezeichnung als zu unspezifisch ab und möchten sie durch vermeintlich trennschärfere Begriffe wie „rechtsradikal“ oder „rechtsextrem“ (bzw. „rechtsextremistisch“) ersetzen (z.B. Kitschelt/McGann 1995: 49f.). Dabei verkennen sie jedoch, dass die Begriffe „populistisch“ und „extremistisch“ nicht dasselbe meinen. Die durch sie bezeichneten Eigenschaften können Hand in Hand gehen (wie z.B. beim französischen Front National), müssen es aber nicht. So ist bei der österreichischen FPÖ und den skandinavischen Fortschrittsparteien durchaus fraglich, ob sie zu den rechtsextremen Vertretern gerechnet werden können. Andererseits gibt es rechtsextremistische Parteien, denen die typischen Merkmale des Populismus fehlen. Hierzu gehören z.B. die bundesdeutschen Vertreter NPD und DVU. Vergleicht man die Wahlergebnisse der neuen Rechtspopulisten in Europa mit denen der traditionellen (nichtpopulistischen) extremen Rechten, dann ziehen die extremen Parteien klar den Kürzeren. Der Populismusbegriff hat also zunächst einmal den Vorzug der größeren Relevanz für sich. Ein zweiter Vorteil hängt damit zusammen. Legt man die eben genannten Kriterien einer gemeinsamen „Parteienfamilie“ zugrunde – Ideologie, Wählerstruktur und Organisation –, so hat der Populismus als Begriffskategorie auf jeder dieser Ebenen etwas anzubieten: In ideologischer Hinsicht lässt er sich als Rechtspopulismus konkretisieren, über seine Wählerbasis verweist er auf einen bestimmten gesellschaftlichen Entstehungshintergrund und als parteipolitischer Akteur charakterisiert ihn eine bestimmte Organisationsstruktur und Form des Auftretens. Gerade letzteres kann verdeutlichen, worin das Neuartige der in den achtziger Jahren aufgekommenen Rechtsparteien besteht. Der Populismusbegriff eignet sich dazu besser als die Begriffe „radikal“ oder „extrem“, die auch auf die Vorläufer der alten Rechten angewandt worden sind.

2. Rechtspopulismus als Ideologie

Die ideologische Qualität des Populismus ist umstritten. Die einen lehnen seine Charakterisierung als Ideologie überhaupt ab, während andere betonen, dass der Populismus ideologisch nicht zurechenbar sei, sich zwischen allen Stühlen bewege (Ionescu/Gellner 1969). Was nicht ins Bild passt, ist die mangelnde Kohärenz und häufige Widersprüchlichkeit populistischen Denkens. Die ideologische Schwäche des Populismus wird z.B. daran festgemacht, dass er Verbindungen mit verschiedenen, teilweise gegenläufigen politischen Inhalten eingehen könne. Darüber hinaus laufe er Gefahr, von stärkeren Ideologien wie Nationalismus oder Sozialismus absorbiert zu werden, wenn er sich dieser politisch bediene.

Gegen diese Sicht wird zu Recht eingewandt, dass der Populismus heute fast ausschließlich im rechten ideologischen Spektrum beheimatet sei. Autoren, die wie Helmut Dubiel den anti-aufklärerischen Charakter des Populismus betonen, halten dies für keinen Zufall. Sie geben sich daher nicht sehr viel Mühe, eine inhaltliche Verbindung von populistischer Ideologie und rechtem politischen Denken herzustellen, wie es der Begriff der Aufklärung eigentlich nahelegt. Eine solche Verbindungslinie lässt sich ziehen, wenn man mit dem amerikanischen Historiker Christopher Lasch (1995: 120ff.) davon ausgeht, dass der Populismus einen im Kern individualistischen Ansatz vertritt, der auf der sozialen Verantwortung des einzelnen basiert. Lasch führt die unspezifische Gruppen- und Interessenbasis des Populismus auf diesen privatistischen Grundzug zurück. Auch das zwiespältige Verhältnis der Populisten zum Staat findet hier seine Ursache. „Einerseits verlangen sie, dass der Staat stark genug sein soll, um als Agent des Gemeinwohls die kleinen Leute gegen die Übergriffe der Großkorporationen, organisierten Interessen, Verbände und Bürokratien jeder Art zu schützen, auf der anderen Seite soll er aber selber keine organisierten Strukturen bilden und am besten für die Bürger unsichtbar bleiben. Die Tragik konsequenter populistischer Politik hat in den meisten Fällen darin bestanden, dass sie den Staat weit über das Maß hinaus hat stärken müssen, das ihre Initiatoren für wünschenswert und verantwortbar hielten.“ (Puhle 1986: 14)

Solche Ungereimtheiten im Blick, hat ein anderer amerikanischer Beobachter die Populisten einmal als „Pioniere in Ambivalenz“ bezeichnet (Kann 1983: 371). Richtig daran ist, dass die antinomische Struktur des Populismus stärker ausgeprägt ist als bei anderen Ideologien. Dies bedeutet jedoch nicht, dass seine ideologische Qualität automatisch geringer wäre oder sich auf funktionale Gesichtspunkte verkürzen ließe. Dass sie für unterschiedliche, ja gegensätzliche Folgerungen offen sind, kennzeichnet alle Ideologien. Zu fragen bleibt allein, ob solche Inkonsistenzen primär auf Denkfehler zurückgehen (und mithin den Urhebern angelastet werden können) oder ob sie nicht auch ein Reflex von Widersprüchen sind, die in der Wirklichkeit selbst und das heißt vor allem: im Dualismus von individueller Freiheit und gemeinschaftlicher Einbindung begründet liegen. Jede Ideologie, die sich im Rahmen demokratischer Verhältnisse bewegt, steht vor der Notwendigkeit, beides miteinander zu vereinbaren. Der Populismus zeichnet sich dadurch aus, dass er die daraus entstehenden Gratwanderungen nicht nur duldet, sondern geradezu zum Programm erhebt (Taguieff 1986).

(1) Das individualistische Kriterium, das Lasch seinem Verständnis des „authentischen“ Populismus zugrundelegt – der Appell an das soziale Gewissen jedes einzelnen –, verweist zunächst auf den *ökonomischen* Bereich. Die diesbezügliche Unklarheit des Populismus rührt daher, dass sich damit ganz unterschiedliche Stoßrichtungen verbinden können: Auf der einen Seite wendet sich der Appell gegen den bürokratisierten Wohlfahrtsstaat, der den Bürger seiner individuellen Verantwortlichkeit beraube, ihn als soziales Wesen bis zur Unmündigkeit degradiere. Die Intention ist hier eine liberale – die Befreiung von fremd auferlegten Fesseln und Zwängen wird als Voraussetzung betrachtet, eigene Verantwortung überhaupt wahrnehmen zu können. Auf der anderen Seite artikuliert er das Unbehagen an einem Wirtschaftssystem, das seine sozialen Fundamente untergrabe, indem es die selbstsüchtige Verfolgung von Konsum- und Gewinninteressen zur ausschließlichen Maxime mache. Die Botschaft richtet sich in diesem Fall gegen den verantwortungslosen Gebrauch

einer – als Besitzindividualismus missverstandenen – Freiheit; sie betont die Notwendigkeit der wechselseitigen Rücksichtnahme und Gemeinwohlbindung, um dem Kapitalismus moralische Zügel anzulegen.

(2) Das Dilemma der populistischen Politik wird offenbar, wenn die marktwirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien anlässlich eines bestimmten Problems oder Interessenkonflikts aneinander geraten. In der Wirtschaftspolitik z.B. verträgt sich das Eintreten für eine von staatlicher Gängelung befreite Marktwirtschaft nur schlecht mit der Forderung nach Schutzmaßnahmen für bestimmte Klientelgruppen (Bauern, Handwerker u.ä.); dasselbe gilt auf außenwirtschaftlichem Gebiet für das Verhältnis von Freihandel und Protektionismus. Je mehr der ökonomische Populismus in die erstgenannte, liberale Richtung tendiert, um so stärker wird er genötigt, seiner ursprünglichen Motivation der Kapitalismuskritik in *kultureller* Hinsicht zu genügen. Zu diesem Zwecke werden alte und neue Bindungen beschworen, etwa die Zugehörigkeit zu einer Nation oder Glaubensgemeinschaft.

Die Gretchenfrage des kulturellen Populismus ist die nach der Zugehörigkeit. Dass moderne Gesellschaften bestimmte Formen der Identität ausbilden müssen, um ihren Zusammenhalt zu sichern, wird vernünftigerweise niemand bestreiten. Vollzieht sich die Identitätsfindung jedoch allein negatorisch – als Ab- und Ausgrenzung –, dann können sich die ideologischen Inhalte leicht radikalieren und das Bemühen um einen Wertekonsens in Intoleranz, die Furcht vor Überfremdung in Rassismus, die Forderung nach einer selbstbewussten Außenpolitik in Nationalismus umschlagen. Im Falle der Außenpolitik zeigt sich zudem, dass der kulturell vermittelte Überlegenheitsanspruch der eigenen Nation bereits *in sich* gegenläufige Schlussfolgerungen zulässt: sich abzusondern von der Umwelt und ihrer Unmoral oder aber aktiv für die Durchsetzung der eigenen Ideale einzutreten. Das nahe liegende Beispiel sind die USA, die in der Außenpolitik seit je zwischen beidem hin- und herschwanken.

(3) Bei aller Skepsis dem Staat gegenüber halten die Populisten am Primat der Politik fest. Im Hintergrund steht dabei die Zentralität des behaupteten Volkswillens. In seiner individualistischen Konzeption das Prinzip der *politischen* Selbstbestimmung ausdrücklich mit einschließend, mündet der Populismus in einen breiten Strom demokratischer Forderungen, die von der Stärkung der lokalen „Graswurzeln“ bis hin zum gesamtstaatlichen Plebiszit reichen. Auch hier fällt die ideologische Einordnung schwer. Einerseits kann die populistische Demokratieverständnis zur Emanzipation von überzogenen Machtansprüchen beitragen und damit „aufklärerisch“ wirken, andererseits einer neuen Machtanmaßung Vorschub leisten, die abweichende Meinungen missachtet und unterdrückt. Die bisherige Geschichte des Populismus hat gezeigt, dass sich der angebliche Volkswille gleichermaßen mit progressiven oder rückwärtsgewandten Inhalten verbinden lässt.

3. Warum populistische Bewegungen entstehen

Populistische Parteien und Bewegungen sind ein Produkt gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse. Diese Überlegung liegt nahe, wenn man an die Kurzlebigkeit der meisten Populismen denkt. Auch dort, wo der Populismus in Gestalt einer Par-

tei auftritt, erweist er sich in der Regel als etwas Vorübergehendes, das seine gesellschaftlichen und politischen Spuren hinterlässt, um danach rasch wieder zu verschwinden. Organisatorisches Unvermögen, sich als politische Kraft dauerhaft zu etablieren, mag für die Vergänglichkeit eine Rolle spielen, ist aber sicherlich nicht der Hauptgrund. Nicht von ungefähr hat sich der Populismus in den Ländern am längsten behauptet, in denen er, wie in Lateinamerika, die Qualität eines System- oder Regimemerkmals gewann: die Blütezeit des dortigen Populismus währte von 1920 bis etwa 1965. Nach einer bekannten Definition handelte es sich dabei um „eine politische Bewegung, die von der Masse der städtischen Arbeiterklasse und/oder der Bauernschaft unterstützt wird, jedoch nicht aus der autonomen organisatorischen Kraft einer dieser beiden Schichten resultiert“ (DiTella 1965: 47). Der lateinamerikanische Populismus war also zum einen Antwort auf eine spezifische Schwäche der gesellschaftlichen Mittelklasse, zum anderen Folge der fehlenden Massenintegration der Bevölkerung aufgrund einer defizitären demokratischen Kultur. Da Partizipationsanreize nicht oder nur rudimentär bestanden, gab es zur Mobilisierung „von oben“ keine Alternative.

Die Ausgangsbedingungen sowohl des nordamerikanischen Populismus (beginnend mit der Farmerbewegung der 1890er Jahre), als auch der heutigen neuen Populismen in Westeuropa und den USA heben sich davon ab. Zwar lassen sich auch diese Erscheinungen – wie die lateinamerikanischen Regime – als Reaktion auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und -krisen deuten, doch fehlt ihnen der Charakter einer nach vorne gerichteten Herrschafts- und Mobilisierungsideologie. Das Gemeinsame des „westlichen“ Populismus besteht darin, dass er *gegen* die Konsequenzen von Modernisierungsprozessen zu Felde zieht, wobei sich der Unwillen gegen das System als ganzes oder die darin herrschenden Eliten richten kann. Im Unterschied zu lateinamerikanischen oder anderen Dritte-Welt-Populismen handelt es sich hier also um Äußerungsformen eines gesellschaftlichen *Protests*, der ins Haus steht, wenn infolge von Modernisierungsschüben und -brüchen „die jeweils etablierte Balance von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sozialstrukturellen Machtverteilungen und kulturellen Bewusstseinsformen in Bewegung gerät“ (Dubiel 1986: 47). In einer jüngeren Darstellung der Geschichte des amerikanischen Populismus hat Lawrence Goodwyn (1976) solche Konstellationen als „populistisches Moment“ bezeichnet. Im Amerika des ausklingenden 19. Jahrhunderts war der populistische Moment gekommen, als Industrie und Finanzkapital sich anschickten, den agrarischen Süden und Westen des Landes großflächig zu erschließen. Die Kleinbauern, deren Protestbewegung der späteren People's Party den Weg ebnete, wandten sich u.a. gegen die Eisenbahngesellschaften mit ihren erhöhten Frachttarifen, gegen die Einfuhrzollgesetzgebung, welche den industriellen Bereich einseitig begünstigte, und gegen ein Währungssystem, in dem die herrschenden Großbanken das Geld nach Gusto knapp halten konnten. Im letzten Punkt wussten sie sich einig mit Bergleuten, Bergwerksbetreibern und anderen Befürwortern einer unbegrenzten Verwendung von Silber für Dollarmünzen. Das Gewicht der „Greenback“- und „Free Silver“-Bewegungen wuchs, nachdem 1889 und 1890 sechs neue Staaten in die Union aufgenommen worden waren, deren Prosperität fast ausschließlich von der Landwirtschaft und/oder Silberproduktion abhing. Mit ihrem späteren Programm, das u.a. die Verkürzung des Arbeitstages in der Industrie, mehr Mitspracherechte für die Gewerkschaften und die Einführung einer progressiven

Einkommenssteuer reklamierte, erreichten die Populisten eine nochmalige Verbreiterung ihrer Unterstützungsbasis. Die Forderung nach Enteignung und staatlicher Kontrolle sowohl der Eisenbahnen als auch der Banken fand bei Arbeitern und Farmern gleichermaßen Anklang, ebenso die politischen Reformziele, mit denen man den korrupten Mächten der Industrie Einhalt gebieten wollte. Übereinstimmung ergab sich auch bei den restriktiven Zielen, so z.B. der Forderung nach Begrenzung der bis dato noch ungebremsen Einwanderung, die verbreiteten Ressentiments und Vorurteilen in der Bevölkerung entgegenkam.

Analogien zur derzeitigen Situation in den Industrieländern drängen sich auf. Wie beim Übergang von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft, so handelt es sich auch beim Übergang von der industriellen zur nachindustriellen Gesellschaft um einen Modernisierungssprung, in dessen Folge Teile der Bevölkerung materielle und Orientierungsverluste erleiden. Verschiedene Facetten der Modernisierung wirken in diesem Prozess als Krisensymptome zusammen:

- Die *ökonomischen* Folgen, die am Ausgangspunkt stehen, lassen sich im weiteren Sinne als Verteilungsproblem darstellen. Ursachen können sein: konjunkturbedingte Wachstumsstörungen und/oder strukturelle Veränderungen, wobei letztere in ihrer längerfristigen Wirkung einschneidender und damit zugleich krisenanfälliger sind. Die durch den Strukturwandel ausgelösten Anpassungsreaktionen führen zu Gewinnern und Verlierern, setzen also Teile der Gesellschaft der Gefahr aus, im materiellen Erwerbsprozess unter die Räder zu kommen. Anders als der Begriff des „Modernisierungsverlierers“ suggeriert, muss es sich dabei nicht um objektive Verluste handeln: Was zählt, ist das *subjektive* Empfinden der eigenen Benachteiligung, wie es sich aus der Orientierung an bestimmten Erwartungen und/oder Referenzgruppen sozialökonomisch ergibt. Solches Empfinden kann sich durchaus auch bei „Gewinnern“ einstellen, wenn sie das Gefühl haben, von anderen Gruppen im Verteilungskampf ausgenommen zu werden.
- In seiner ökonomischen Verengung geht der Begriff des Modernisierungsverlierers auch daran vorbei, dass die materielle häufig erst in der *kulturellen* (= bewusstseinsmäßigen) Dimension des Modernisierungsprozesses Relevanz gewinnt. Beide Aspekte sind eng miteinander verwoben. Die ökonomischen Konflikte in einer Gesellschaft bürden nur halb soviel Zündstoff, wenn sie nicht sozialkulturell aufgeladen wären, das heißt in unterschiedlichen Lebensformen, moralischen Orientierungen und sonstigen Traditionen der Mitglieder Niederschlag fänden. Ausschlaggebend für die gesellschaftlichen und politischen Spannungen, die der neue Populismus reflektiert, sind also zunächst immer *sinnbezogene* Wert- und Orientierungsverluste; diese Verluste, die sich als Entfremdung, Statusangst, Zukunftsunsicherheit u.ä. mitteilen, können, müssen aber nicht durch ökonomische Verluste verursacht sein.
- Damit der Populismus zum Tragen kommt, bedarf es schließlich eines *politischen* Auslösers und Bezugspunkts; zu den genannten ökonomischen und kulturellen Bedingungen hinzutreten muss ein Vertrauensverlust in die Politik und ihre Akteure. Einerseits führen Individualisierungsprozesse dazu, dass hergebrachte Großgruppen, insbesondere die Parteien, an Integrationskraft verlieren, also nicht mehr ohne weiteres identitätsstiftend wirken. Indikatoren dafür sind der Rückgang der Parteibindung und eine zunehmende Sprunghaftigkeit des Wähler-

verhaltens. Zum anderen wachsen die Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit der Politik. Hier schlagen sich nicht nur die objektiven Herausforderungen nieder, mit denen es die nachindustriellen Gesellschaften derzeit und künftig zu tun haben, sondern auch der selbstauferlegte Erwartungsdruck der politischen Akteure, der zu systematischer Enttäuschung und Frustration führen muss. Beide Prozesse unterstützen und verstärken sich gegenseitig: Je weiter die Erosion der Gruppenbindung fortschreitet, um so mehr verlieren die vertrauten politischen Agenturen als Auffangbecken für etwaige Leistungseinbußen an Bedeutung, sodass Handlungsdefizite auf die Stimmung im Publikum voll durchschlagen können. Und umgekehrt: Je mehr das öffentliche Erscheinungsbild der Politik von kurzfristigen Negativurteilen geprägt wird, um so stärker wächst die Gefahr, dass auch die langfristigen Legitimitätsgrundlagen des politischen Systems unter Druck geraten.

4. Die formale Seite des Populismus

In formaler Hinsicht treten als Hauptmerkmale populistischer Parteien hervor: der Bewegungskarakter und die herausgehobene Position eines „Führers“. Beides unterscheidet sie vom herkömmlichen Typus der demokratischen Mitgliederpartei. Das Verhältnis von Bewegungs- und Parteicharakter des Populismus ist vielschichtig. Während in der Vergangenheit populistische Bewegungen häufig in Gestalt von Vereinen und Verbänden aufgetreten oder von diesen inkorporiert worden sind, dominiert unter den neuen Rechtspopulismen die Organisationsform der Partei. Der Hauptgrund dafür dürfte – wenn man von den besonderen Bedingungen der Interessenvermittlung in einzelnen Ländern einmal absieht – in der unterschiedlichen Reichweite der gesellschaftlichen Veränderungsziele liegen: je umfassender diese abgesteckt sind und je weiter sie sich auch auf das politische Gebiet erstrecken, um so notwendiger wird das Streben nach direkter Machtteilhabe und mithin das Auftreten als Partei.

Dass der Bewegungskarakter durch die Parteiwerdung verloren geht, ist unwahrscheinlich. *Erstens* handelt es sich bei einem Teil der populistischen Parteien um solche, die als „grass roots“-Bewegung an der gesellschaftlichen Basis entstanden sind. Institutionalisierung ist aus Sicht der Basis unerwünscht (weil gegen die Prinzipien der Bewegung gerichtet), birgt aber neben Konflikten auch Chancen eines produktiven Spannungsverhältnisses. Der Populismus verfügt in diesem Falle über ein zweites Standbein, das die parteiliche Organisationsform ergänzen könnte.

Zum entstehungsbedingten tritt – *zweitens* – der ideologisch abgeleitete Bewegungskarakter. Dieser ergibt sich gleichsam negativ aus einer Anti-Parteien-Gesinnung. Parteien sind dem Populismus der Inbegriff dessen, was als Erscheinungsform des gesellschaftlichen und politischen Systems verdammt werden muss: Sie dienen der politischen Elite als Karrierevehikel, sabotieren die Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens und unterlaufen als intermediäre Vermittlungsinstanzen die Prinzipien der direkten Demokratie. All das steht in diametralem Gegensatz zur populistischen Ideologie. Von daher nimmt es nicht wunder, dass die meisten populistischen Vertreter auf die Selbstbezeichnung als Partei bewusst verzichten und sich stattdessen Bund, Liga, Front oder eben Bewegung nennen.

Dem korrespondiert – *drittens* – ihre Organisationsstruktur, die den Bewegungskarakter eigens hervorhebt. Der Populismus schätzt die Form¹ gering und wendet sich entsprechend gegen Institutionalisierung und Bürokratie auch in der eigenen Organisation. An die Stelle demokratisch gewählter Gremien treten autoritäre Strukturen mit einem Führer an der Spitze (Panebianco 1988: 143ff.). Die Betonung der charismatischen Führerschaft ist aufschlussreich für die Entstehungsart populistischer Bewegungen wie auch für ihr ideologisches Selbstverständnis. In den allermeisten Fällen sind die Gruppierungen von einer einzelnen Person begründet und – gewissermaßen aus dem Nichts – geformt worden; in der Regel handelt es sich dabei um Personen mit (partei)politischer Vergangenheit – Renegaten und/oder Außenseiter, die ihrer früheren Verbindung abgeschworen haben –, nur selten um völlige Newcomer und Amateure. Die heutigen Rechtspopulisten lassen sich sogar ausnahmslos mit ihren Urhebern identifizieren (Le Pen, Haider, Bossi, Berlusconi usw.), deren charismatische Eigenschaften damit zur entscheidenden Erfolgsbedingung werden: Wo kein Führer in Sicht ist, kann auch auf günstigem sozialen Nährboden eine populistische Bewegung nicht gedeihen. Und umgekehrt: Kommt der Führer abhanden oder büßt er seine Machtbasis ein, so droht die Bewegung als ganze zusammenzubrechen (Willner 1984). Personalistische Struktur und Bewegungskarakter des Populismus sind von daher gleichermaßen fragil: der Führer muss mit seiner Autorität sicherstellen, dass die Bewegung zusammenhält und ihre ideologischen Widersprüche überbrückt werden können, und er muss in der Lage sein, ihre Anhängerschaft auf Dauer zu mobilisieren.

Was langfristig Probleme birgt, macht sich kurzfristig allerdings gerade als Stärke bemerkbar: Wenn die Attraktivität der populistischen Ideologie auf der Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens beruht, liegt es natürlich nahe, diesen durch eine einzelne Person zu vertreten – das einige Volk spricht mit einer Stimme! Der autoritären Struktur entspricht die Darstellungsweise. Der Führer betätigt sich als *Agitator*, was der Idee eines demokratisch fairen Konfliktaustrags entgegensteht. (Der Begriff der Agitation ist nicht von ungefähr der Herrschaftspraxis totalitärer Regime entlehnt.) Zu den agitatorischen Stilmitteln des Populismus gehören insbesondere:

- *Der Rückgriff auf common sense-Argumente.* Eine typische Argumentationsfigur besteht in der Gleichsetzung von individueller und kollektiver Moral nach dem Motto: was sich im privaten Bereich bewährt und als richtig erweist, kann im öffentlichen Bereich nicht falsch sein! Dieser Logik folgen z.B. ein Großteil der populistischen Aussagen zur Wirtschaftspolitik (Forderungen nach ausgeglichenem Budget, Sparsamkeit, stärkerer Eigenvorsorge u.ä.).
- *Die Vorliebe für radikale Lösungen.* Der Inkrementalismus der herrschenden Politik ist den Populisten ein Groll, repräsentiere er doch ein System, das richtige und erforderliche Problemlösungen auf dem Altar einer pluralistischen Demokratieauffassung zu opfern bereit sei. Am Ende stünden halbherzige oder Nicht-Entscheidungen, die der geforderten Orientierung auf das Gemeinwohl widersprächen. Das Verständnis der eigenen politischen Verantwortung trägt dem Rechnung. Weil er die Tugend der Kompromissfähigkeit für eine Untugend hält, strebt der Populismus nicht nach bloßer Machtteilhabe, sondern stets nach der ganzen Macht und gerät somit fast zwangsläufig in den Status einer Fundamentalopposition.

- *Die Gegenüberstellung von einfachem Volk und abgehobener Elite.* Der Agitator identifiziert sich mit den kleinen Leuten, jenem wie auch immer abgegrenzten Teil der Bevölkerung, dessen Interessen und Wertvorstellungen durch eine selbstsüchtige Elite betrogen werden. Besonderer Verachtung fallen die Intellektuellen anheim, von denen die Populisten überzeugt sind, dass sie mit ihrem Widerspruchsgeist und Rationalitätsanspruch den Werteverfall exemplarisch verkörpern.
- *Verschwörungstheorien und das Denken in Feindbildern.* Das populistische Bild der Gesellschaft entspricht einer klaren Frontstellung: hier das Volk und seine Fürsprecher, dort der innere und äußere Feind. Die Konstruktion des Feindbildes erfolgt zum einen durch Personifizierung – gesellschaftliche Probleme werden auf bestimmte Personengruppen projiziert, um diese als Schuldige zu entlarven (Sündenbockfunktion) –, zum anderen durch verschwörungstheoretische Begründungen. Wichtig ist der Zusammenhang von äußerer und innerer Feindlage. Als äußerer und unmittelbar wahrgenommener Feind erscheint in der Regel der Fremde, als innerer Feind derjenige, der das Eindringen des Fremden betreibt oder geschehen lässt. Für die verschwörungstheoretische Begründung gilt, dass sie sich zunächst auf den inneren Feind und dessen vermeintliche Unterdrückungsabsicht kapriziert; dies ist insbesondere dann der Fall, wenn in der Wahrnehmung als bevorzugtes Opfer der Verschwörung anstelle des Volkes die eigene Bewegung tritt.
- *Provokation und Tabubruch.* Die Parteinahme für den „kleinen Mann“ bedeutet nicht, dass der Populismus dessen Stimmungen hinterherläuft und immer nur solche Meinungen vertritt, die besonders populär sind. Der Zwang, sich von der herrschenden Elite abzugrenzen, verlangt im Gegenteil nach kalkulierten Entgleisungen, die an Tabus rühren und damit provozierend wirken. Gerade dadurch, dass die Populisten auf die Zustimmung relevanter Bevölkerungsteile verzichten und sich selbst als Außenseiter hinstellen, gewinnen sie Glaubwürdigkeit unter ihren Anhängern.
- *Verwendung von biologistischen und Gewaltmetaphern.* Um die Feindlage glaubwürdig zu vermitteln, bedient sich der Agitator einer Sprache, die an Gewalt und Krieg erinnert; damit sollen der politische Wettstreit zum Entscheidungskampf befördert und der Gegner in seinem Vernichtungsziel bloßgestellt werden. Die Ablehnung alles Fremdartigen und „Widernatürlichen“ wird durch biologistische Formeln zum Ausdruck gebracht, die das Bild einer kranken, von Zerfall und Zersetzung bedrohten Gesellschaft zeichnen. Dem entspricht die häufige Benutzung von sexuellen, medizinischen oder Tiermetaphern (Volkskörper, Krankheits-Geißel, Sozialschmarotzer u.ä.).
- *Emotionalisierung und Angstmake.* Wortwahl und Diktion tragen dazu bei, Stimmungen in der Bevölkerung emotional anzuheizen. Der populistische Akteur spielt mit Ressentiments und Vorurteilen, die sich in aggressiver Form gegen den angeblichen Feind entladen. Vorhandene Unsicherheiten und Statusängste werden nicht argumentativ entkräftet, sondern im Gegenteil als „Malaise“ bewusst geschürt, um das Publikum für die populistische Botschaft empfänglich zu machen. Die Gegenüberstellung von Freund und Feind dient diesem zur eigenen Aufwertung und Identitätsfindung, dem Agitator gibt sie die Möglichkeit, sich selbst als Auserwählten und Retter hinzustellen.

Die Aufzählung der Elemente in dieser Reihenfolge ist nicht zufällig. Sie signalisiert eine Radikalisierung der Agitation, deren Palette vom harmlosen Appell an die Privatmoral bis hin zur menschenfeindlichen Hetze reicht. Der Grad an Radikalität entscheidet dabei auch über die Chancen der Rechtsparteien, sich in ideologischer und organisatorischer Hinsicht zu konsolidieren: So wie das Charisma des Führers im Laufe der Zeit verschleißt, so lassen sich auch die populistischen Botschaften nicht immerfort zuspitzen. Insofern dürfte es sich bei der formalen Seite um die „Achillesferse“ des neuen Populismus handeln.

5. Rechtspopulismus und Demokratie

Das Auftreten populistischer Parteien und Bewegungen besagt über die Funktionstüchtigkeit des politischen Systems per se noch nichts Negatives; selbst bei Gruppierungen mit eindeutig feindlichen Absichten könnte es die Integrationsleistung des Systems gerade befördern, wenn vorhandene Protestgründe aufgenommen werden und auf diese Weise eine neue politische Balance entsteht (die den Populismus wahrscheinlich wieder zum Verschwinden bringt). Offenbar gibt es auch in der heutigen Gesellschaft populistische Momente, „Zeiten der drohenden Verkrustung der Systeme, der Phantasielosigkeit der Etablierten, der notwendigen Erneuerung, in denen solche Bewegungen und Energien ihre positive historische Funktion haben“ (Puhle 1986: 32). Ob dies zutrifft, ist zuallererst eine empirische Frage; darüber Auskunft geben können nicht abstrakte Krisentheorien, sondern allein eine fallbezogene Sichtweise, die die Protestgründe konkret benennt, qualifiziert und auf ihre gesellschaftlichen Ursachen zurückführt.

Wie hässlich die Fratze des Rechtspopulismus aus demokratischer Sicht auch sein mag – falsch wäre es anzunehmen, dass sich seine Motivation im bloßen Machtwillen einzelner Personen erschöpft. So wie er sich heute darstellt, ist der Populismus niemals *nur* anti-aufklärerisch oder opportunistisch! Er artikuliert ein Unbehagen am gesellschaftlichen Ist-Zustand, das auf berechtigten *Gründen* beruhen kann, und löst allein durch sein Vorhandensein politische Folge- und Anpassungsreaktionen aus. Dass die Wirksamkeit des Protests nicht unbedingt von der Redlichkeit der dabei eingesetzten Mittel abhängt, ist eine – für überzeugte Demokraten mitunter schwer zu ertragende – Tatsache, deren Konsequenzen häufig übersehen werden. Für die wissenschaftliche Analyse wäre eine solche Konsequenz, dass Anbieter- und Nachfrageseite bei der Bewertung auseinander gehalten werden müssen. Ursachen und Beweggründe des Populismus oder genauer: der Empfänglichkeit dafür sind eine Sache; eine andere Sache ist es, wie diese Beweggründe politisch ausgeschlachtet und an den Mann gebracht werden.

Die analytische Differenzierung des Populismusbegriffs kann dazu beitragen, das Aufkommen und die Wahlerfolge der neuen Rechtsparteien besser zu verstehen. Besonderen Nutzen versprechen dabei (international) vergleichende Studien, die sich um eine systematische Gegenüberstellung der verschiedenen Erklärungsfaktoren bemühen (z.B. Kitschelt/McGann 1995, Betz/Immerfall 1998, Minkenberg 1998, Decker 2000). Soweit sie bisher vorliegen, zeigen diese Studien übereinstimmend, dass der neue Rechtspopulismus mittlerweile über eine solide Erfolgsgrund-

lage verfügt, mit deren Verschwinden in absehbarer Zukunft nicht zu rechnen ist. Für die anderen Parteien mag das bedrückend sein, da die von den Populisten favorisierten „Problemlösungen“ diesen Namen nur im Ausnahmefall verdienen (Sturm 2000). Gelingt es den Newcomern, ihre organisatorischen Probleme zu bewältigen, wäre es jedoch äußerst verwunderlich, wenn sie allein durch das Verhalten der Konkurrenz wieder zum Verschwinden gebracht würden.

Der neue Rechtspopulismus hat die Parteiensysteme in den westlichen Demokratien nicht nur äußerlich verändert. In *formaler* Hinsicht sind die populistischen Parteien Trendsetter einer Entwicklung, die man als „plebiszitäre Transformation“ des politischen Prozesses bezeichnen könnte. Klassische Vermittlungsinstitutionen wie Parlamente und Parteien treten in der Bedeutung zurück und werden durch direkte Beziehungen zwischen Regierung und Wahlvolk ersetzt bzw. überlagert. Die populistischen Neugründungen sind nicht der Urheber dieser Veränderungen, haben den Wandel aber stärker vorangetrieben als die etablierten Parteien. Charakteristisch dafür ist, dass einige ihrer Vertreter in der Wähleransprache deutliche Parallelen zu den amerikanischen Parteien aufweisen, die das plebiszitäre Modell in der bisher reinsten Form verkörpern (z.B. Forza Italia, FPÖ).

Schwieriger ist die Frage nach den *politikinhaltlichen* Wirkungen des Populismus zu beantworten. Wenn es den Neuankömmlingen gelingt, ihre etablierten Konkurrenten unter Druck zu setzen, heißt das noch nicht, dass sie das politische Geschehen entscheidend beeinflussen und in der von ihnen gewünschten Richtung wenden können. Die anderen Parteien sollten darum ihre Gegenmittel mit Bedacht wählen. Wie die Reaktionen der Europäischen Union auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich gezeigt haben, reicht eine bloße Stigmatisierung zur Bekämpfung der Rechtsparteien nicht aus. Eine angemessene Antwort muss beides – dem Populismus seine inhaltlichen Protestgründe entziehen und ihn als politisches Problemlösungskonzept entzaubern –, was eine geschickte Verbindung von Anpassungs- und Abgrenzungsstrategie erfordert. An diesem Geschick hat es den Parteien in der Vergangenheit allzu oft gefehlt.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff wird hier im engeren Sinne verstanden als verfassungs- oder satzungsförmige Normierung von Entscheidungsprozessen. Der Gegensatz sind *informelle* Strukturen.

Literatur

- Betz, Hans-Georg/Stefan Immerfall (eds.), 1998: The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies, New York.
- Decker, Frank, 2000: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen.
- DiTella, Turcuato S., 1965: Populism and Reform in Latin America, in: Cláudio Véliz (ed.), Obstacles to Change in Latin America, New York, 47-74.
- Dubiel, Helmut (Hg.), 1986: Populismus und Aufklärung, Frankfurt a.M.
- Dubiel, Helmut, 1986: Das Gespenst des Populismus, in: ders. (Hg.), Populismus und Aufklärung, Frankfurt a.M., 33-50.
- Goodwyn, Lawrence, 1976: Democratic Promise. The Populist Moment in America, New York.

- Ionescu, Ghița/Ernest Gellner (eds.), 1969: Populism. Its Meanings and National Characteristics, London.
- Kann, Mark E., 1983: The New Populism and the New Marxism. A Response to Carl Boggs, in: *Theory and Society* 12, 365-373.
- Kitschelt, Herbert/Anthony McGann, 1995: The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis, Ann Arbor.
- Lasch, Christopher, 1995: Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung, Hamburg.
- Minkenberg, Michael, 1998: Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland; Opladen.
- Panebianco, Angelo, 1988: Political Parties. Organization and Power, Cambridge.
- Puhle, Hans-Jürgen, 1986: Was ist Populismus, in: Helmut Dubiel (Hg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt a.M., 12-32.
- Sturm, Roland, 2000: Das Urteil steht vor dem Argument, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 45 vom 23.02.2000, 11.
- Taguieff, Pierre-André, 1986: La Doctrine du National-Populisme en France, in: *Etudes* No. 364, 27-46.
- Willner, Ann Ruth, 1984: The Spellbinders. Charismatic Political Leadership, New Haven/London.

